

AKTUELL

GENVERÄNDERTE PFLANZEN

Endabstimmung

María Elorza Saralegui

Der Umweltausschuss hat eine Regulierung für gentechnisch veränderte Pflanzen verabschiedet, doch grüne EU-Abgeordnete und Umwelt-NGOs schlagen Alarm: Der Kommissionsvorschlag gefährde Landwirt*innen und Verbraucher*innen.

Eine Regulierung für genetisch veränderte Pflanzen musste her, so die europäische Kommission vor einigen Monaten. Im Juli 2023 legte sie einen entsprechenden Vorschlag vor (die woxx berichtete in Ausgabe 1744). Dem hat nun am Mittwoch, dem 24. Januar, der Umweltausschuss des europäischen Parlaments zugestimmt. Der Vorschlag betrifft Pflanzen, die mit „neuen genetischen Techniken“ (NGTs) verändert worden sind.

Derzeit unterliegen solche gentechnisch veränderten Pflanzen der generellen EU-Rechtsvorschrift für genetisch modifizierte Organismen (GMOs) und müssen demnach verschiedene Sicherheitsprüfungen und Regelungen zur Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung einhalten. Der aktuell vorliegende Vorschlag der Kommission sieht jetzt Deregulierungen für NGT-Pflanzen vor, teils sollen sie ganz von Sicherheitsprüfungen und Kennzeichnungspflichten ausgenommen werden.

Dafür teilt der Vorschlag NGT-Pflanzen in zwei Kategorien ein. Zu der ersten Gruppe gehören Pflanzen, die zwar genetisch modifiziert worden sind, so aber auch auf natürlichem Weg oder durch traditionelle Zucht hätten entstehen können. Geht es nach dem Kommissionsvorschlag, sollen diese in Zukunft weder ein spezielles Zulassungsverfahren durchlaufen noch spezifisch als gentechnisch veränderte Organismen gekennzeichnet werden. Die zweite Kategorie beinhaltet NGT-Pflanzen, die ohne neue Techniken nicht hätten entstehen können. Diese müssten weiterhin einer Risikobewertung unterliegen, so die Kommission. Doch die Kriterien seien „erheblich schwächer“ als die unter der aktuellen GMO-Rechtsvorschrift, kritisiert die Umwelt-NGO Greenpeace in einem Presseschreiben vom 24. Januar.

Rechte von Verbraucher*innen und Landwirt*innen beeinträchtigt

Sollte eine Mehrheit des EU-Parlaments dem Vorschlag im Plenum nächste Woche zustimmen, könnten Konsument*innen, ohne es zu wissen, gentechnisch veränderte Lebensmittel auf ihren Tellern wiederfinden. Interessengruppen wie Greenpeace werfen Regierungen, die den Vorschlag

der EU-Kommission unterstützen, vor, dass dies gegen das Recht von Verbraucher*innen verstoße, frei entscheiden zu können, ob sie gentechnisch veränderte Pflanzen oder Tiere, die mit solchen Pflanzen gefüttert worden sind, essen wollen.

Zudem würde die Regulierung auch die Rechte der Landwirt*innen und deren freie Entscheidung, ob sie genetisch veränderte Kulturen anbauen möchten, erheblich einschränken, so Greenpeace. Denn gentechnisch veränderte Organismen können mit traditionellen Kulturpflanzen in Verbindung kommen, auf Nachbarmärdern kann es etwa zu ungewollten Kreuzungen kommen. Dies würde vor allem den Bio-Sektor treffen, der frei von Gentechnik sein muss, schreibt die Luxemburger EU-Abgeordnete Tilly Metz (Déi Gréng) in einem Presseschreiben.

Die EU-Abgeordnete führt die Deregulierung der NGT-Pflanzen auf die Lobbyarbeit der Biotech-Industrie zurück. Neue Gentechniken seien weder „das Wundermittel für alle Probleme der Lebensmittelproduktion“ noch „völlig risikofrei“, so Metz. Neue Gentechniken könnten zu höheren Gesundheits- und Umweltrisiken als traditionelle genetisch modifizierte Organismen führen, gibt auch Greenpeace zu bedenken.

Obschon die Regulierung den administrativen Aufwand für Unternehmen vereinfachen würde, dürfe dies nicht auf Kosten der Umwelt und öffentlichen Gesundheit geschehen, schreibt die NGO deshalb in einer Analyse des Vorschlags. Die Gruppe fordert eine strengere Regulierung gemäß dem Vorsorgeprinzip, demnach Belastungen für Umwelt und Gesundheit möglichst vermieden werden sollen, so wie es die derzeitige EU-GMO-Vorschrift auch für andere genetisch modifizierte Organismen vorsieht.

Im Gegensatz zu der vorherigen Regierung, die sich gegen den Vorschlag aussprach, hat die luxemburgische CSV-DP Koalition derweil bisher keine klare Stellung zu dem Kommissionsvorschlag bezogen. In einer Abstimmung über den Kommissionsvorschlag zwischen den Mitgliedstaaten im letzten Dezember hatte sich die Regierung enthalten. Grund dafür war eine Meinungsverschiedenheit über die „Patentierbarkeit dieser Pflanzen“, die zu einem Monopol führen könnte und „zum Nachteil kleiner Züchter und Landwirte“ wäre, erläuterte die Landwirtschaftsministerin Martine Hansen (CSV) damals in einer Antwort auf eine parlamentarische Frage von der ehemaligen Umweltministerin Joëlle Welfring (déi Gréng) Ende Dezember.

SHORT NEWS

EU-Mercosur: Weiteres Freihandelsabkommen in Sicht

(mes) – Trotz massiver Proteste aus der Zivilgesellschaft und des vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron angedrohten Boykotts laufen die Verhandlungen über das liberale Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay weiter und stehen nach einer Vereinbarung mit Brasilien, die am 26. Januar beschlossen wurde, sogar kurz vor dem Abschluss. Das Mercosur-Abkommen beabsichtigt, eine der weltweit größten Freihandelszonen zu schaffen. Bereits 2019 standen die Verhandlungen kurz vor dem Abschluss, doch eine Zusatzbestimmung über strenge Umwelanforderungen führte zu weiteren Diskussionen. Zahlreiche solcher Abkommen zwischen der EU und Ländern wie Kanada oder Vietnam sind allerdings schon in Kraft, weitere befinden sich in der Verhandlungsphase oder müssen noch ratifiziert werden. Dabei werden die Abkommen von Kritiker*innen wie dem Kollektiv „Stop CETA-Mercosur“ seit Jahren als überflüssiges Handelsmodell bezeichnet, das beiden Seiten schade: Länder wie Chile seien dadurch vom Export ihrer Rohstoffe abhängig und hiesige Landwirt*innen müssten gegen billigere Produkte ankämpfen, deren Herstellung frei von EU-Regulierungen erfolge. Kritik kommt aber auch vom europäischen Landwirtschaftssektor, der mit Unruhe auf die steigende Konkurrenz schaut und seit Wochen auf den Straßen Deutschlands und Frankreichs demonstriert. Zusammen mit hunderten zivilgesellschaftlichen Organisationen appelliert das Stop-CETA-Mercosur-Kollektiv deshalb an EU-Abgeordnete, künftig gegen die Ratifizierung solcher Abkommen zu stimmen. „Wir müssen dringend einen alternativen Weg zu einer ökologischen, sozialen und solidarischen lokalen Produktion einschlagen“, so das Kollektiv. Das europäische Parlament will Ende Februar im Plenum über das EU-Mercosur Abkommen entscheiden.

Quality of Work Index: Negativtrend

(tj) – Um die Work-Life-Balance der in Luxemburg arbeitenden Menschen steht es zunehmend schlecht. Das ist eine der Erkenntnisse des Quality of Work Index 2023, der am Donnerstag in der Salaratskammer (CSL) vorgestellt wurde. Als einen der Gründe nannte David Büchel, Arbeitspsychologe und einer der Autor*innen der Studie, die seit der Pandemie abnehmende Erlaubnis von zuhause aus zu arbeiten. Ein weiterer Faktor ist der Arbeitsweg: Mehr als die Hälfte der 2.732 Studienteilnehmer*innen benötigt mehr als eine halbe Stunde um ihren Arbeitsplatz zu erreichen, 20 Prozent sogar mehr als eine Stunde. Davon sind wenig überraschend vor allem Grenzgänger*innen betroffen: Sie verbringen im Schnitt 9,6 Stunden pro Woche auf dem Arbeitsweg. Von der schlechten Work-Life-Balance sind nicht alle gleichermaßen betroffen: So sind vor allem diejenigen, mit sogenannten „horaires atypiques“, also Menschen, die abends oder am Wochenende arbeiten müssen, von dem mangelnden Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben betroffen. Ein Negativtrend ist aber auch in anderen Bereichen zu beobachten: Sowohl die emotionalen Anforderungen wie auch der Zeitdruck und die mentale Belastung sind in den Augen der Befragten in den vergangenen zehn Jahren konstant gestiegen. Parallel dazu sind immer mehr Arbeitende von Burnout, gesundheitlichen Problemen und von geringer Arbeitsmotivation geplagt. Um den bestehenden Problemen entgegenzuwirken, schlägt die CSL unter anderem eine Arbeitszeitverkürzung, eine Flexibilisierung der Ankunfts- und Abfahrtszeiten sowie eine Abschaffung beziehungsweise starke Reduktion der Wochenend- und Nachtarbeit vor.

Entreprises et droits humains : jouer cartes sur table

(fg) – Il faut reconnaître à la population luxembourgeoise une certaine constance lorsqu'il s'agit de prendre position sur le respect des droits humains et environnementaux par les entreprises. Dans un sondage effectué fin 2020, 92 % des personnes interrogées s'étaient dites favorables à l'adoption d'une loi nationale contraignante sur ces sujets pour le monde économique. Ce lundi 29 janvier, la plateforme « Initiative pour un devoir de vigilance » a présenté une nouvelle étude Ilres indiquant que 87 % de la population attend du gouvernement qu'il s'assure de la conformité des entreprises avec les standards internationaux en matière de droits humains, de climat et d'environnement. Si la question n'est pas tout à fait la même qu'il y a trois ans, force est de constater que le thème reste sensible pour l'opinion, dans un pays où des milliers d'entreprises ont établi leur siège régional ou mondial. Au cours des trois dernières années, la problématique s'est déplacée vers l'UE avec la négociation, toujours en cours, d'une directive sur le sujet. La plateforme de 17 organisations de la société civile demande par ailleurs davantage de transparence du gouvernement dans les négociations qu'il mène à Bruxelles, par la publication de ses positions. Cette aspiration trouve l'adhésion de 90 % des personnes interrogées dans le sondage. Il faut « jouer cartes sur table », enjoint l'Initiative pour un devoir de vigilance, dont le site internet présente la totalité de l'étude.